Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Bericht: Israels Militärdaten deuten auf 83 Prozent zivile Opfer in Gaza hin
2. EU und USA stellen Details von Handelsabkommen vor
3. Arbeitsmarkt: Lohnfortzahlung der Arbeitgeber steigt auf 82 Milliarden Euro
4. Ökonom Fratzscher fordert Pflichtdienst für Rentner
5. Generationenvertrag oder Versicherungsvertrag?
6. Renten-Regel ab 2026 trifft Millionen: Es drohen Kürzungen mit lebenslangen Folgen
7. Theater und Neurose: USA erniedrigen Europa vor aller Augen
8. Was wirklich in Alaska passiert ist
9. Ist das schon Normalisierung?
10. Libyen: Zweiter Durchgang der Kommunalwahlen
11. »Wir orientieren uns an der Arbeiterklasse im Land«
12. Krieg gegen Drogen 2.0
13. Bildungsgerechtigkeit: Teurer Schulbedarf erschwert Teilhabe
14. Geldspur in die Schweiz
15. Internationale Gesundheitsvorschriften: Grundrechtseinschränkungen geplant
16. Veranstaltungshinweise der Woche

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Bericht: Israels Militärdaten deuten auf 83 Prozent zivile Opfer in Gaza hin**
   Eine internationale Recherche beruft sich auf interne Daten der israelischen Armee: Nur 17 Prozent der Opfer im Gazastreifen seien demnach Kämpfer

gewesen. Israel weist das zurück.
Eine gemeinsame Recherche des britischen Guardian sowie der Magazine +972 und Local Call sorgt für Aufsehen: Interne Daten des israelischen Militärs sollen darauf hinweisen, dass ein Großteil der seit Beginn des Krieges im Gazastreifen getöteten Palästinenser Zivilisten sind. Demnach seien bis Mai dieses Jahres rund 53.000 Menschen ums Leben gekommen – darunter lediglich 8900 namentlich erfasste Kämpfer der Hamas und des Islamischen Dschihad. Das würde einem Anteil von 17 Prozent Kämpfern und 83 Prozent Zivilisten entsprechen. Die Autoren sprechen von einer ungewöhnlich hohen Quote ziviler Opfer im internationalen Vergleich. Expertinnen und Experten des Uppsala Conflict Data Program erklärten gegenüber dem Guardian, ein derartiges Verhältnis sei in modernen Konflikten extrem selten.
Quelle: Berliner Zeitung

dazu: **Krieg gegen Zivilisten: Nach geleakten Daten sind 83% der Toten Zivilisten**
Die israelische Regierung will Hamas eliminieren und erklärt immer wieder, dass die Zahlen der Hamas-Gesundheitsbehörde über Tote und Verletzte im Gazastreifen übertrieben seien. Besonders bestritten wird der hohe Anteil von Zivilisten, vor allem von Frauen und Kindern. Jetzt haben das Magazin +972, Local Call und der Guardian in einem Bericht geleakte Zahlen einer geheimen Datenbank des Militärgeheimdienstes einsehen können. Danach wären 5 von sechs getöteten Palästinenser Zivilisten. Israels Ministerpräsident Netanjahu hatte 2024 von einem Verhältnis 1:1 gesprochen.
Quelle: Overton Magazin

dazu auch: **IPC bestätigt Hungersnot in Gaza – erstes Mal im Nahen Osten**
Mehr als 130.000 Kleinkinder im Gazastreifen sind laut IPC akut gefährdet. Die WHO spricht von einem historischen ersten Fall im Nahen Osten.
In einem nördlichen Bereich des Gazastreifens herrscht nach Einschätzung internationaler Experten offiziell eine Hungersnot. Die Integrated Food Security Phase Classification (IPC), die weltweit anerkannte Institution für die Bewertung von Hungerkrisen, erklärte am Freitag, dass die dafür notwendigen Kriterien im Regierungsbezirk Gaza erfüllt seien. Dieser liegt in der Stadt Gaza, in der vor Kriegsbeginn rund 700.000 Menschen lebten. Besonders dramatisch sei die Lage für Kinder: Das Leben von 132.000 Kindern unter fünf Jahren sei akut gefährdet, teilte die IPC mit. 41.000 von ihnen gelten als besonders

bedrohliche Fälle – doppelt so viele wie noch bei der letzten Einschätzung im Mai. Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ist es das erste Mal, dass in einem Land des Nahen Ostens eine Hungersnot offiziell festgestellt wurde.
Quelle: Berliner Zeitung

2. **EU und USA stellen Details von Handelsabkommen vor**
   Die Europäische Union und die Vereinigten Staaten haben am Donnerstag die Details des im Juli erzielten Handelsabkommens vorgestellt.
   Einer gemeinsamen Erklärung zufolge werden die USA einen maximalen All-inclusive-Zoll von 15 Prozent auf die meisten EU-Exporte erheben, darunter Autos, Pharmazeutika, Halbleiter und Holz.
   Bestimmte Produkte, darunter Kork, Flugzeuge und Flugzeugteile sowie Generika und ihre Inhaltsstoffe, sind von der neuen Zollobergrenze ausgenommen und unterliegen weiterhin den bestehenden Meistbegünstigungszöllen.
   Die EU verpflichtete sich ihrerseits, die Zölle auf alle US-Industriegüter abzuschaffen sowie den Marktzugang für US-amerikanische Meeresfrüchte und landwirtschaftliche Produkte auszuweiten. Die EU verpflichtete sich außerdem, bis 2028 Flüssigerdgas, Öl und Kernenergieprodukte im Wert von 750 Milliarden US-Dollar sowie Chips für Künstliche Intelligenz im Wert von 40 Milliarden US-Dollar aus den USA zu beschaffen. Es wird auch erwartet, dass EU-Unternehmen 600 Milliarden US-Dollar in strategische US-Sektoren investieren werden, während die Beschaffung von US-Rüstungsgütern ebenfalls zunehmen wird.
   Quelle: CRI online

   Anmerkung Christian Reimann: *Die EU-Kommission ordnet sich dem „America First“-Prinzip von US-Präsident Trump unter. Europäische und insbesondere deutsche Interessen werden vernachlässigt – die Bürgerinnen und Bürger dürfen am Ende die Kosten übernehmen.*

3. **Arbeitsmarkt: Lohnfortzahlung der Arbeitgeber steigt auf 82 Milliarden Euro**
   Die Aufwendungen für erkrankte Arbeitnehmer sind seit 2022 um zehn Milliarden Euro gestiegen. Eine Ursache für das Plus ist der hohe Krankenstand – aber nicht nur.
   Die Arbeitgeber haben im vergangenen Jahr geschätzt 82 Milliarden Euro für die Entgeltfortzahlung erkrankter Beschäftigter aufgebracht. Innerhalb von drei

Jahren sind die nominalen Aufwendungen damit um zehn Milliarden Euro gestiegen, seit 2010 haben sie sich mehr als verdoppelt. Das zeigt eine Studie des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft (IW).
Das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung will hier allerdings keine dramatische Entwicklung erkennen. Setze man die Lohnfortzahlung ins Verhältnis zu den gesamtwirtschaftlichen Bruttolöhnen und Gehältern, habe es seit 2013 praktisch keinen Anstieg mehr gegeben, argumentiert IMK-Direktor Sebastian Dullien. […]
Entsprechend gereizt reagiert man beim Verband Die Familienunternehmer:
Quelle: Handelsblatt

Anmerkung unseres Lesers J.A.: *Vorgestern die Rente, gestern die Praxisgebühr und heute die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall: die Arbeitgeber wollen auf Teufel komm raus die Löhne drücken, soweit nichts Neues und kein Nachrichtenwert. Genauso wenig hat es Nachrichtenwert, dass im konkreten Fall die Lohnfortzahlung (nominal) mit jeder Lohnsteigerung (nominal) und mit dem Beschäftigungszuwachs zunimmt. Also wie immer Propaganda, manipulierte Zahlen und Lügengeschichten von der Arbeitgeberseite. Wie Dullien sagt, ist es „verwunderlich, dass die Kosten für die Lohnfortzahlung […] heute praktisch auf dem Niveau von 2013 liegen“ – oder vielleicht kein Wunder, weil die Menschen aus Angst um ihren Arbeitsplatz lieber früher, eventuell noch nicht genesen, an den Arbeitsplatz zurückkehren. Umgekehrt könnte die Lobby-Frau Ostermann vielleicht mal erklären, welche Folgen eine Reduzierung oder gar Abschaffung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall hätte. Z. B. noch mehr Existenzsorgen, noch niedrigere Löhne und eine noch schwächere Binnennachfrage, also eine noch schlechtere Wirtschaftsentwicklung. Ein Schuss ins Knie, in den Fuß und in den Kopf, was aber eine Propagandistin für niedliche „Familienunternehmen“ wie die Volkswagen AG, die Schwarz Gruppe (Lidl) und die BMW AG nicht daran hindert, noch niedrigere Löhne zu fordern, also die deutsche Wirtschaft endgültig zu ruinieren.*

dazu auch: **Zweites Quartal 2025: Wirtschaft schrumpft stärker als angenommen**
In einer ersten Schätzung war das Statistische Bundesamt noch von einem minimalen Rückgang ausgegangen. Nun heißt es: Die Deutsche Wirtschaft ist im zweiten Quartal um 0,3 Prozent geschrumpft. Grund sei vor allem die

Industrieproduktion.
Quelle: tagesschau

4. **Ökonom Fratzscher fordert Pflichtdienst für Rentner**
   Der Wirtschaftswissenschaftler Marcel Fratzscher spricht sich für ein „verpflichtendes soziales Jahr für alle Rentnerinnen und Rentner“ aus. Davon profitieren könne die Bundeswehr, aber auch das Sozialwesen.
   Quelle: Tagesschau

   Anmerkung unseres Lesers C.G.: *Das ist für Rentner doch wirklich sinnvoller als Flaschensammeln. Dieser Zynismus verschlägt mir die Sprache. Ob der Vorschlag auch für Pensionäre, Bundestagsabgeordnete, Minister und ehemalige Vorstandvorsitzende der Deutschen Bahn gilt?*

   Anmerkung unseres Lesers J.A.: *Im SPIEGEL behauptet er, die ältere Generation hätte den Generationenvertrag gebrochen, obwohl sie ihn durch ihre Rentenbeitragszahlungen (und, nebenbei, ihre Arbeitsleistung und Steuerzahlungen) selbstverständlich erfüllt hat. Insgesamt stachelt Fratzscher einen Generationenkonflikt an, um von den wirklichen Profiteuren der unsäglichen Politik der letzten 30, 40 Jahre abzulenken: den Unternehmen, den Vermögenden, den Erben und Bestverdienern. Gefordert wird wieder und wieder „Umverteilung im Armenhaus“, nur um den Blick wegzulenken von Vermögen im Millionen- und Milliardenbereich.*

5. **Generationenvertrag oder Versicherungsvertrag?**
   Die umlagefinanzierte Rente, der sogenannte Generationenvertrag, wird mittlerweile fast täglich in den Medien angegriffen. Für die Jüngeren zu teuer, unsolidarisch und ungerecht. Der Generationenvertrag sei nicht in der Lage, die Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen, dazu müssten Lohnanteile in die Kapitalmärkte investiert werden. […]
   Meine Position in der Debatte: „Für mich ist der Generationenvertrag, das Umlageverfahren bei der Altersversorgung, ein Glanzstück der Sozialpolitik der 1950er Jahre. Mit ihm wurden richtige Lehren aus den Katastrophen der vorangegangenen 50 Jahre gezogen.“ Ich will hier noch einmal versuchen, den Kern meines Anliegens zu verdeutlichen und versuche es einmal bildhaft. Das ist sehr vereinfachend, aber die grundlegenden Verhältnisse und die Dimensionen werden so besser verständlich gemacht:
   Quelle: Reiner Heyse auf Seniorenaufstand
6. **Renten-Regel ab 2026 trifft Millionen: Es drohen Kürzungen mit**

lebenslangen Folgen
Die Regelung betrifft schwerbehinderte Menschen mit einem Behinderungsgrad von mindestens 50, die am oder nach dem 1. Januar 1964 geboren wurden und 35 Beitragsjahre nachweisen können. So steht es im Sozialgesetzbuch. Bisher erlaubte ein Schwerbehindertenausweis früher in Rente zu gehen – und das abschlagsfrei.
Die finanziellen Auswirkungen sind beträchtlich: Wer künftig mit 62 statt 65 Jahren in den Ruhestand wechselt, muss für jeden vorgezogenen Monat 0,3 Prozent weniger Rente akzeptieren. Bei einer prognostizierten Regelrente von 1750 Euro brutto sinkt die monatliche Zahlung dauerhaft auf etwa 1370 Euro. Rechtsanwalt und Rentenberater Peter Knöppel von rentenbescheid24.de bezeichnet die Entwicklung als „massiven Einschnitt“, die für Betroffene lebenslange finanzielle Folgen haben können.
Quelle: Merkur

7. **Theater und Neurose: USA erniedrigen Europa vor aller Augen**
Aufgrund der Kommunikation der europäischen Führer mit Trump lässt sich eine Schlussfolgerung ziehen: Europa hat keine politische Subjektivität in Beziehungen mit den USA. Alle Bemühungen der Staatschefs der Alten Welt zielen auf die Ausarbeitung einer Verhaltenstaktik ab: Was ist zu tun, damit sich der US-Präsident („Papi“ in den Worten des NATO-Generalsekretärs Mark Rutte) nicht ärgert, in schlechte Laune gerät und sie bestraft? Das klingt absurd, doch gerade das ist es, was passiert. Und die Quellen melden stolz, welche wertvollen Ratschläge der britische Ministerpräsident Keir Starmer dem ukrainischen Staatschef Wladimir Selenskij erteilte: was er anziehen soll, wie zu danken ist, welche Worte zu benutzen sind und so weiter.
Sicher sollte „Papis“ Persönlichkeit berücksichtigt werden, doch den Kern ändert das nicht. Europa ist gezwungen, sich zu drehen und zu winden, um es sich nicht mit den USA zu verscherzen, denn die Alte Welt spürt plötzlich ihre äußerste strategische, politische und wirtschaftliche Abhängigkeit von der Neuen Welt. Einfacher gesagt: Ohne Amerika kann Europa sehr wenig – selbst in Angelegenheiten, die direkt europäische Interessen betreffen.
Quelle: RT DE

Anmerkung Christian Reimann: *Nun buhlen die EU/NATO-Staats- und Regierungschefs um die Gunst von US-Präsident Trump, der zu Beginn seiner zweiten Amtszeit quasi verteufelt wurde. Immer offensichtlicher wird jedoch, dass vor allem Deutschlands Regierung wie ein Vasall auftritt, was bereits bei der Ampelkoalition zu beobachten war. Insbesondere die deutschen Politiker*

an der Spitze der Bundesregierung und der EU-Kommission betreiben eine Politik gegen die Interessen der Bevölkerung in Deutschland. Für die Beendigung des Konflikts in der Ukraine sind Frau von der Leyen sowie die Herren Selenskyj und Merz, aber auch die anderen EU/NATO-Staats- bzw. Regierungschefs ziemlich in die Bedeutungslosigkeit gefallen.

8. **Was wirklich in Alaska passiert ist**
   Pepe Escobar benennt hier eines der zentralen Probleme des Hegemon: Die USA haben die Eskalationsdominanz in der nuklearen Rüstungsspirale verloren. „In Alaska ging es daher nicht nur um die Ukraine. In Alaska ging es vor allem darum, dass die beiden größten Atommächte der Welt versuchten, Vertrauen wiederaufzubauen und einen außer Kontrolle geratenen Zug in einem wahnsinnigen Hochgeschwindigkeitsrennen in Richtung nuklearer Konfrontation zu bremsen.“ Die Europäer (und ihre Mentoren im britisch-amerikanischen Deep State) wollen einfach nicht wahrhaben, dass dieser Zug abgefahren ist. Hoffentlich lassen sie sich noch einbremsen.
   Quelle: Seniora.org
9. **Ist das schon Normalisierung?**
   Modis Außenpolitik vor dem Zerfall: Indien und China vereinbaren bei Besuch von Außenminister Wang Yi in Neu-Delhi weitere Zusammenarbeit.
   Die indisch-chinesischen Beziehungen »können nicht normal sein, solange es keinen Frieden in den Grenzgebieten gibt«, erklärte der indische Außenminister Subrahmanyam Jaishankar Ende 2024. Nun, acht Monate später, kam dann Chinas Außenminister Wang Yi auf Einladung des indischen Nationalen Sicherheitsberaters Ajit Doval zu einem Besuch auf höchster Ebene. Während der zweitägigen Reise am Montag und Dienstag wurde Yi in Neu-Delhi neben Jaishankar und Doval auch von Premierminister Narendra Modi persönlich empfangen. Er sei »froh, den Außenminister getroffen zu haben«, erklärte Modi im Anschluss bei Twitter und lobte »stetige Fortschritte« in den Beziehungen zwischen Indien und China.
   Quelle: junge Welt
10. **Libyen: Zweiter Durchgang der Kommunalwahlen**
    Am Samstag, den 16. August 2025, fand in Libyen der zweite Durchgang der Kommunalwahlen statt. Allerdings konnten die Bürger nur in 26 der ursprünglich für die Wahlen vorgesehenen 63 Gemeinden ihre Stimmen abgeben, das heißt, nicht einmal in der Hälfte der Wahlkreise konnten die vorgesehenen Wahllokale öffnen. Dafür verantwortlich gemacht werden im östlichen und südlichen Libyen der Militärkommandant Khalifa Haftar und seine

sogenannten Sicherheitskräfte, im westlichen Libyen einschließlich der Hauptstadt Tripolis die Regierung von Premier Abdulhamid Dabaiba. Beiden war daran gelegen, das zu verhindern, was man im ersten Wahldurchgang vom Dezember 2024 nicht anders als Erdrutschsieg für die Listen und Kandidaten des Präsidentschaftskandidaten Saif al-Islam Muammar Gaddafi bezeichnen konnte.
Quelle: Gela-News

11. **»Wir orientieren uns an der Arbeiterklasse im Land«**
Standhaft trotz Repression und Morden, am Ende erfolgreich. Die Gewerkschaft bei Coca-Cola in Guatemala. Ein Gespräch mit William Arnulfo Estrada Paredez und Edgar Giovanni Cruz Berttrám. […]
Die aktuelle Regierung des Sozialdemokraten Bernardo Arévalo wird im Januar die Hälfte ihrer Amtszeit beendet haben. Wie ist Ihre Bilanz aus gewerkschaftlicher Sicht?
Edgar Cruz: Als Arévalo Präsident wurde, waren wir erst einmal optimistisch. Wir haben die Situation der Massenproteste für seine Amtseinführung genau beobachtet und waren auch präsent, als er von denen angegriffen wurde, die einen Regierungswechsel verhindern wollten. Heute aber sehen wir keine signifikanten Veränderungen, und wenn wir ehrlich sind, erwarten wir die auch nicht mehr. Wir denken, Arévalo ist es nicht gelungen, die systemische Korruption im Staatsapparat wirklich zu bekämpfen, da hätte er früher ansetzen müssen. Jetzt geht es nur noch darum, seine Amtszeit ohne einen vorherigen Sturz heil zu überstehen. Manches in den Tarifverhandlungen ist aber sogar schwerer geworden. Demnächst trifft sich die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) mit Regierungskreisen hier in Guatemala, da sind wir auch eingeladen. Wir beobachten die Situation genau, wir werden aber nicht zulassen, dass wieder eine Regierung an die Macht kommt, die fundamental gegen die Interessen der Arbeiterklasse arbeitet.
Quelle: junge Welt

12. **Krieg gegen Drogen 2.0**
Sorge und Ärger in Lateinamerika: US-Präsident befugt Militär, gegen »Drogenkartelle« auch im Ausland »vorzugehen«.
Eine US-Militärdrohne sorgte in Mexiko am vergangenen Mittwoch für Aufregung. Das Fluggerät des Typs MQ-9B kreiste stundenlang über dem Bundesstaat Estado de México. Offiziell genehmigt, aber von den Medien misstrauisch beäugt, heizte der Flug die Sorge vor der wachsenden Gefahr von US-Militäreinsätzen an. Unter der Schlagzeile »Spion oder Verbündeter?« wies die konservative Tageszeitung El Financiero darauf hin, dass dieser

normalerweise zur Aufklärung eingesetzte Drohnentyp auch für Angriffe konfiguriert werden könne. Die CIA hatte geheime Drohneneinsätze über dem Nachbarland zwar bereits während der Regierung von Joe Biden aufgenommen, doch die mediale Aufregung zeigt, dass in Lateinamerika die Furcht vor US-Militärschlägen zunimmt.
Quelle: junge Welt

13. **Bildungsgerechtigkeit: Teurer Schulbedarf erschwert Teilhabe**
Die Schule in Niedersachsen hat wieder begonnen. Für viele Eltern, besonders wenn sie über ein geringes Einkommen verfügen, sind die Schul- und Lehrbücher eine erhebliche Belastung. Im Sinne der Bildungsgerechtigkeit sollte die Landesregierung die Lernmittelfreiheit wieder einführen, findet das #schlaglicht 24/2025.
Quelle: DGB Niedersachsen #schlaglicht
14. **Internationale Gesundheitsvorschriften: Grundrechtseinschränkungen geplant**
Am 16. Juli hat das Bundeskabinett grünes Licht für einen Gesetzentwurf zur Zustimmung zu den geänderten Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) gegeben. Artikel 2 des Entwurfs sieht umfassende Eingriffe in die Grundrechte vor. Nach den am 9. September endenden Parlamentsferien soll das Gesetz Bundestag und Bundesrat passieren.
Quelle: multipolar

Anmerkung Christian Reimann: *Bitte lesen Sie dazu auch Bundesregierung gibt Einschränkung von Grundrechten durch neue Internationale Gesundheitsvorschriften zu mit einer Anmerkung.*

15. **Geldspur in die Schweiz**
Bundestagsverwaltung wirft AfD unzulässige Millionenspende über Strohmann vor. Partei will dagegen klagen.
Kurz vor der vorgezogenen Bundestagswahl am 23. Februar 2025 erhielt die AfD einen hohen Geldbetrag – 2,35 Millionen Euro – angeblich von dem früheren FPÖ-Politiker Gerhard Dingler. Verwendet wurde die Spende für eine umfangreiche Plakatkampagne. Die Bundestagsverwaltung hat der Bild laut Bericht vom Mittwoch abend auf Anfrage mitgeteilt, sie halte, mit Blick auf die Millionenspende, den Tatbestand einer »unzulässigen Weiterleitungs- bzw. Strohmannspende« für erfüllt. Kommen soll das Geld nämlich nicht von Dingler, sondern von Henning Conle, dem in der Schweiz lebenden Duisburger Immobilienmilliardär.

Quelle: junge Welt

16. **Veranstaltungshinweise der Woche**
    1. **BSW im Dialog: Panzer statt Autos? Aufstiegsversprechen adé? Braucht die Demokratie eine Erneuerung?**
    6. September, 16 bis 18 Uhr (Einlass ab 15 Uhr), im Niederfeld 2 in Darmstadt
    Gäste: Fabio De Masi, Mitglied des Europäischen Parlaments, Prof. Dr. Michael Hartmann, Soziologe an der TU Darmstadt, und Prof. Dr. Shervin Haghsheno, stellvertretender Bundesvorsitzender des BSW.
    Quelle: Flyer

Anmerkung der Redaktion: *Wenn Sie auf eine interessante Veranstaltung hinweisen wollen, dann schicken Sie uns bitte die nötigen Informationen mit dem Betreff „Veranstaltungshinweise“ an hinweise@nachdenkseiten.de. Die Veranstaltungshinweise erscheinen wöchentlich am Freitag im Rahmen der Hinweise des Tages II.*